

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

November 2012



Nichts ist beschlossen, alles bleibt möglich

Bei Zeus! Die Griechen – eine einstmals stets zum Kampf bereite Seefahrernation – wissen, wie man bei bedrohlich steigendem Wellengang mit ermüdenden Rettern umgeht. Ehe die nächste (die wievielte eigentlich?) Aufstockung des Rettungspakets im Deutschen Bundestag beraten, geschweige die Geldüberweisung beschlossen ist, haben sie die Hilfsmittel durch einseitige Erklärung bereits in ihre nationale Finanzplanung eingestellt. Ohne besonderen Dank, eben mit der Selbstverständlichkeit dominanter Seefahrer.

Angela Merkel, die deutsche Bundeskanzlerin, schweigt dazu, jedenfalls in der Öffentlichkeit. Sie verzichtet auf die überfällige Drohung, Zahlungen zu verweigern. Das Retten scheint ihr mittlerweile zur selbstverständlichen Gestik ihrer Europapolitik geworden zu sein. Aber das Parlament, vertreten durch den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, hat an ein fundamentales Recht des Parlaments in einer Demokratie erinnert: mit einer Anfechtungsklage die Überweisung gegebenenfalls – und zwar dann, wenn der Deutsche Bundestag durch erhöhtes Entscheidungstempo der Regierung nicht formal, aber doch praktisch übergangen werden soll – auf dem Rechtswege zu stoppen, ehe sie banktechnisch auf den „Rettungsweg“ gebracht werden kann.

Die Summen und die Rechtswege des Rettens entziehen sich mittlerweile nicht nur der Einsicht des Bürgers, sondern zunehmend auch der „Fachleute“. Nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist Politik so bürgerfern betrieben worden wie in der andauernden „Rettungsperiode“.

Noch ist die neueste Rettungssorgie zur Erhaltung der Eurozone nicht beschlossen. Noch bleibt alles möglich: das rechtlich kaschierte Übergehen der Bedenken der Abgeordneten des Bundestages; teure Kompensationsbeschlüsse für eine Zustimmung des Parlaments; oder ein weithin hallendes „Nein!“

Hans D. Barbier

Ausnahme von der Regel

Die Bundesregierung hat mit der am 1.1.2012 in Kraft getretenen Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) wesentlich mehr Betriebe von der Umlagezahlung befreit als in den Vorjahren.

Die Zahl hat sich im Jahr 2012 im Vergleich zu 2011 fast verdreifacht: von 813 Betrieben auf 2 083 Betriebe (Bundestagsdrucksache 17/10421). Die Folge: Künftig werden alle übrigen Verbraucher – vor allem Privathaushalte sowie kleine und mittelständische Unternehmen – über die EEG-Umlage umso stärker mit Zahlungen für die Ausnahmebetriebe belastet. Die Ursache für die Befreiung: Die EEG-Erfinder – das Gesetz wurde 2000 von der rot-grünen Bundesregierung installiert – wollten stark vom Export abhängige Unternehmen „international wettbewerbsfähig“ halten.

Auf den Webseiten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ist eine Liste der befreiten Betriebe veröffentlicht. Sie zeigt, dass zahlreiche Betriebe von der EEG-Umlage ausgenommen werden, die kaum im internationalen Wettbewerb stehen dürften: Altmark-Käserei Uelzena GmbH in Bismark, Bayerische Milchindustrie eG, Geestland Putenspezialitäten GmbH & Co. KG, Universitätsenergie Göttingen GmbH, Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH, Vattenfall Mi-

ning in Cottbus (Braunkohleletaubau), Wasserwerke Westfalen GmbH, Weimarer Wurstwaren und andere mehr.

<http://goo.gl/Yn300>

Lebensmittel und Klima

Dass die Landwirtschaft Auswirkungen auf Umwelt und Klima hat, dürfte wenig überraschen: Traktoren verbrennen Dieselkraftstoff, Gase entstehen in Rindermägen, Pflanzenschutzmittel gelangen in die Umwelt. Die Forscher der Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR) haben darüber hinaus Überraschendes ermittelt: Betrachtet man nicht nur die Erzeugung von Nahrungsmitteln, sondern auch Transport, Kühlung, Düngemittelproduktion, Konsumentenverhalten und Abfallmanagement, dann zeigt sich: Rund 29 Prozent der durch Menschen verursachten CO₂-Emissionen stammen aus der weltweit tätigen Lebensmittelindustrie. Damit entstehen durch die Versorgung der Weltbevölkerung mit Nahrung jährlich rund 17 Millionen Tonnen CO₂.

Die Agrarfachleute weisen zudem darauf hin, dass Klimaveränderungen bedeutenden Einfluss auf die Nahrungsmittelproduktion haben werden: Die Ernteerträge der drei Hauptgetreidesorten – Reis, Mais, Weizen – werden vor allem in den Entwicklungsländern um bis zu einem Fünftel

sinken. Die CGIAR-Experten drängen darauf, vor allem Kleinbauern in Schwellen- und Entwicklungsländern Zugang zu Informationen und alternativen Produktionsweisen zu verschaffen.

<http://goo.gl/pTlfx>

Energie vom Acker

In Deutschland werden immer öfter Flächen für den Anbau „nachwachsender Rohstoffe“ anstatt zur Nahrungsmittelerzeugung verwendet: Laut Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) führt vor allem die steigende Zahl der Biogasanlagen dazu, dass inzwischen auf rund 18 Prozent der Ackerfläche Energiepflanzen gedeihen. Auf acht Prozent der Felder wachsen Pflanzen für Biogas, auf 7,7 Prozent für Biodiesel und auf zwei Prozent für Ethanol.

Mais ist die dominierende Energiepflanze. 2012 nahm die Maisfläche allerdings nicht mehr in dem Tempo der vergangenen Jahre zu. Sie stieg um zwei Prozent, nachdem sie 2011 noch um fast zehn Prozent angewachsen war. Der aus ökologischen Gründen umstrittene Mais wird auf weit mehr als 2,5 Millionen Hektar angebaut – für Biogas, aber auch als Futter- und Körnermais.

Insgesamt gibt es inzwischen rund 7 500 Biogasanlagen. Vor zehn Jahren waren es erst 1 600. Weit stärker als die Zahl der Anlagen ist allerdings deren Leistung gestiegen: von 160 Megawatt installierter Leistung (2002) wuchs sie auf inzwischen knapp 3 200 Megawatt.

<http://goo.gl/YBpbp>

Staatsverschuldung: (Irr-)Weg des geringsten Widerstands

Im jüngsten Jahresgutachten prognostiziert der Sachverständigenrat für den öffentlichen Haushalt in diesem Jahr einen Überschuss. Diese – vordergründig positive – Einschätzung darf aber nicht den falschen Eindruck von solider Haushaltspolitik in Deutschland erwecken.

Der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ – umgangssprachlich auch als die fünf Wirtschaftsweisen bekannt – widmet der Lage der öffentlichen Finanzen in Deutschland ein eigenes Kapitel in seinem aktuellen Gutachten. Darin führt er seit 1991 den ersten Überschuss im öffentlichen Gesamthaushalt – bestehend aus Bund, Ländern, Gemeinden und den Sozialversicherungen – vor allem auf die positive Entwicklung bei den Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen zurück. Ursache des Anstiegs sei die gute Konjunktur, was mehr Arbeitsplätze und höhere Unternehmensgewinne bedeutet.

Deutschland als sicherer Hafen?

Trotz Überschuss für 2012: Der öffentliche Schuldenberg in Deutschland ist in den vergangenen Jahren – vor allem aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie politisch veranlassten Rettungsmaßnahmen – deutlich gewachsen. Nach Angaben des Bundes der Steuerzahler waren „Bund, Länder und Gemeinden sowie deren Extrahaushalte“ zum Jahresende 2011 mit mehr als zwei Billionen Euro verschuldet; das entspricht einer Schulden-

standsquote von über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Bund der Steuerzahler macht deutlich, was das bedeutet: Die öffentliche Hand würde 168 Jahre zur Rückzahlung brauchen, wenn sie ab sofort keine neuen Schulden mehr aufnehmen und jeden Monat eine Milliarde Euro tilgen würde.

Die hohe Staatsverschuldung ist allerdings kein rein deutsches Phänomen, wie man beinahe jeden Tag der Wirtschaftspresse entnehmen kann. Der Sachverständigenrat schätzt für die fünf europäischen „Problemländer“ teilweise deutlich höhere Schuldenquoten im laufenden Jahr: Spanien 91, Irland 118, Portugal 119, Italien 126 und Griechenland 171 Prozent. Zum Vergleich: Die Maastricht-Kriterien für den Beitritt zur Europäischen Währungsunion legen eine Obergrenze von 60 Prozent fest. Auch der Blick über den europäischen Tellerrand kann nicht beruhigen: Nach Schätzung des Internationalen Währungsfonds liegt die aktuelle Staatsverschuldung in den USA bei 107, in Japan bei 237 Prozent des BIP.

Deutschland gilt als „sicherer Hafen“ innerhalb der Eurozone für Anleger auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten mit geringem Risiko.

Das treibt die Nachfrage nach deutschen Staatsanleihen in die Höhe und deren Zinssätze in den Keller. Dies sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch Deutschland seit Jahren den Weg der zunehmenden öffentlichen Verschuldung geht und kein Richtungswechsel in Sicht ist. Deutschland ist in Sachen Staatsverschuldung einfach nur der Einäugige unter den Blinden.

Kredite für staatliche Investitionen?

Mit Blick auf die weltweite „Verschuldungsneigung“ stellt sich die grundsätzliche Frage, warum die öffentliche Hand überhaupt Kredite zur Finanzierung von Staatsausgaben aufnehmen sollte.

Eine Begründung lautet, dass öffentliche Großprojekte von all denen getragen werden sollten, denen sie auch zugutekommen. Das bedeutet: An Investitionen in die Infrastruktur, also zum Beispiel in das Straßennetz, sollten sich auch die zukünftigen Nutzer beteiligen. Dies passiert mit Krediten, an deren Rückzahlung auch künftige Bürger mitwirken. Der Haken daran: Niemand kann wissen, ob zukünftige Generationen die getätigten Investitionen überhaupt als sinnvoll erachten; sie werden ungefragt in die Finanzierung mit einbezogen.



„Die Menschen haben es zwar zuwege gebracht, das Atom zu spalten, aber nimmermehr wird es ihnen gelingen, jenes eherne wirtschaftliche Gesetz aufzusprengen, das uns mit unseren Mitteln haushalten heißt, d. h., das uns verbietet, mehr zu verbrauchen als wir erzeugen können – oder erzeugen wollen.“

Ludwig Erhard

Daneben erweisen sich öffentliche Investitionen häufig als unrentabel, auch wenn interessierte Politiker eifrig sind, die Wirtschaftlichkeitsprognosen von geliebten Projekten „schönzurechnen“. Zudem werden Ausgaben als Investitionen bezeichnet, die keine sind. Genannt seien vor allem repräsentative Projekte wie die Hamburger Elbphilharmonie oder die große Zahl von teilweise brach liegenden Regionalflughäfen.

Kreditfinanzierte Konjunkturglättung?

Nicht nur zurückhaltend, sondern gar nicht sollten öffentliche Kredite für eine „antizyklische Konjunkturpolitik“ eingesetzt werden. Eine Begründung für diese Politik lautet: Wenn sich die Wirtschaft in einer Flaute befindet, interveniert der Staat kurzfristig unter Inkaufnahme von höheren Schulden und gleicht den vorübergehenden Nachfrageausfall mittels eigener Ausgabenprogramme aus.

Die Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte zeigt jedoch, wie schwer die Rücknahme einmal gewährter Gelder und die Schuldentilgung in konjunkturell guten Zeiten fällt. Darüber hinaus kommen die Konjunkturprogramme meist zu spät: Sowohl die statistische Feststellung einer Rezession als auch die Umsetzung der Programme dauern mehrere Monate.

Problematisch ist antizyklische Politik auch dann, wenn Konjunkturdellen nicht auf zyklischen – also vorübergehenden – Nachfrageausfällen beruhen, sondern es sich um

ein strukturelles Überangebot handelt. Dies kann man gut auf dem Pkw-Markt beobachten: Die Wirtschaftskrise von 2009/2010 hat die grundsätzlichen und weltweiten Überkapazitäten der Autobauer zutage gefördert. Die staatlichen Stützungsmaßnahmen, zum Beispiel die deutsche „Abwrackprämie“ beim Kauf eines Neuwagens und gleichzeitigem Verschrotten eines Altfahrzeugs, haben diese Überkapazitäten mittels öffentlicher Gelder nur verfestigt. Schwächelnde Autobauer wie Opel sind so zwar durch die Krise gekommen, stehen aber mittlerweile wieder mit dem Rücken zur Wand.

Letztlich gilt für kreditfinanzierte Konjunkturprogramme: In (vermeintlich) schlechten Zeiten werden Subventionen, Transfers und sonstige Wohltaten ins Leben gerufen, die langfristig selten erfolgreich sind. Aber welcher Politiker wollte diese Wahlgeschenke später wieder einsammeln?

Grenzen der Staatsverschuldung?

Die seit Jahren stetig wachsende Schuldenquote in Deutschland und anderswo führt zur Frage, ob die öffentliche Verschuldung irgendwann an Grenzen stößt. Diese Frage zielt auf die Zahlungsfähigkeit von Staaten ab: Unternehmen und Privatpersonen werden in ein Insolvenzverfahren „gezwungen“, wenn sie den laufenden Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Unternehmen werden unter der Aufsicht eines staatlich

bestellten Insolvenzverwalters entweder zerschlagen, um die Gläubiger so weit wie möglich zu befriedigen. Oder sie erhalten die Möglichkeit eines Neustarts mit einem überarbeiteten Geschäftsmodell. Bei Privatpersonen wird während einer begrenzten Zeit das Einkommen bis auf das Existenzminimum gepfändet.

Bei Staaten stellt sich die Verschuldungssituation allerdings anders dar:

■ Zum einen ist ein Staat im Prinzip immer zahlungsfähig. Solange er Kredite am Kapitalmarkt erhält ist dies offensichtlich: Unabhängig vom Grad der Verschuldung kann er alte Schulden mit neu aufgenommenem Geld bedienen. So verfährt Deutschland, aber auch Japan, das sich bei einer Schuldenquote von über 230 Prozent des BIP weiterhin zu sehr niedrigen Zinsen refinanzieren kann. Sollte dem Staat dieser Weg nicht mehr – zu langfristig bezahlbaren Zinssätzen – offen stehen, kann er seine Schulden immer noch mit Steuergeldern oder – soweit er die Notenbank dazu bringen kann – mit neu gedrucktem Geld gleichen.

■ Zum anderen kann ein Staat aufgrund seiner Souveränität von niemandem zur Rückzahlung seiner Schulden gezwungen werden. Da kein internationales Insolvenzrecht oder -verfahren für Staaten existiert, muss ein Staat seine Schulden im Prinzip nicht begleichen – selbst wenn er kann. Allerdings werden im Falle eines solchen Staatsbankrotts neue Kredite am internationalen Kapitalmarkt

deutlich teurer oder sogar ganz versagt.

Staatsverschuldung ohne Ende?

Auch wenn sich die Staatsverschuldung theoretisch beliebig ausdehnen ließe und niemand eine Rückzahlung erzwingen könnte: Langfristig führt kein Weg daran vorbei, dass sich Einnahmen und Ausgaben die Waage halten müssen. Nur so stehen die Mittel zur Verfügung, um absehbare oder unabsehbare Herausforderungen, wie zum Beispiel den demographischen Wandel oder kommende Wirtschaftskrisen, zu meistern.

Dazu müssten Politiker die laufenden Staatsausgaben aber eben auch aus den laufenden Steuern und Abgaben finanzieren. Kredite sind der Weg des geringsten Widerstands, da sie die Möglichkeit eröffnen, eine Diskussion über die Aufteilung der Kosten im Hier und Jetzt zu vermeiden. Zukünftige Generationen sitzen nicht mit am Verhandlungstisch und sind leicht zu belasten.

Deswegen ist die 2009 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zu begraben, die ab 2016 die Staatsverschuldung begrenzen soll. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die Politiker an die neue Regel halten und enthaltene Schlupflöcher nicht ausnutzen werden. Damit würden sie sich zum langfristigen Nutzen aller binden. Zudem könnten sie sich damit auch ein Stück weit vom „Diktat der Märkte“ befreien – ein oft beklagtes, aber letztlich selbst gewähltes Los.

Lars Vogel



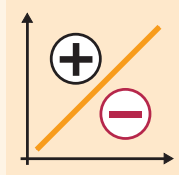
„Der Weg, auf dem eine Regierung zugrunde geht, ist der, wenn sie bald dies, bald jenes tut, wenn sie heute etwas zusagt und dies morgen nicht mehr befolgt.“

Otto von Bismarck

IM KLARTEXT

November 2012

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im November 2012

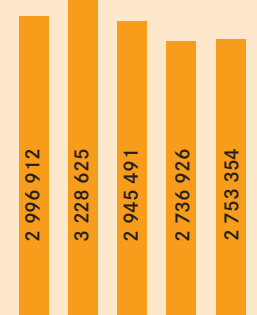
Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Das von vielen politischen Lagern beschworene „Jobwunder“ nähert sich wohl schon bald dem Ende: Erstmals gab es im Vergleich zum Vorjahresmonat wieder einen Zuwachs bei den offiziell gezählten Arbeitslosen. Im Oktober 2012 waren rund 16 000 Menschen mehr ohne Arbeit als im Oktober 2011. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl um 35 000 im Vergleich zum Vormonat September ist wenig aussagekräftig, weil er hauptsächlich saisonal bedingt war (Ferienende).

Arbeitslose



jeweils Oktober

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Eigenverantwortung



In Deutschland waren Ende 2011 erneut mehr Menschen auf staatliche Hilfe angewiesen: Aktuellen Zahlen aus dem Statistischen Bundesamt zufolge erhielten rund 436 000 Menschen ab 65 Jahren Leistungen aus der „Grundsicherung im Alter“, rund 24 000 mehr als ein Jahr zuvor. Insgesamt erhielten rund 844 000 Menschen diese Hilfeleistung, das entspricht einer Steigerung von 5,9 Prozent zum Vorjahr.

Grundsicherung

	Empfänger	
	unter 65 Jahre	ab 65 Jahre
2005	287 440	342 855
2006	311 448	370 543
2007	340 234	392 368
2008	357 724	409 958
2009	364 027	399 837
2010	384 565	412 081
2011	407 820	436 210

Quelle: Statistisches Bundesamt

Grundsicherung erhalten nicht nur Altersrentner, sondern auch Menschen, die wegen einer Erwerbsminderung dauerhaft aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind und

deren Einkünfte nicht zum Lebensunterhalt reichen. Die Höhe der Grundsicherung entspricht dem Arbeitslosengeld-II-Satz (zurzeit 374 Euro im Monat), zudem werden Wohn- und Heizkosten bezuschusst.

Geldwertstabilität



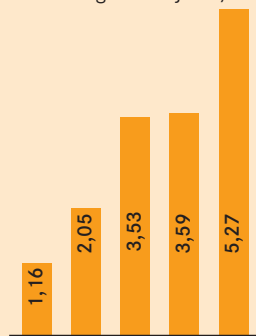
Seit Mitte Oktober zeichnet sich ab, dass die Strompreise 2013 steigen werden. Die EEG-Umlage steigt um 1,7 Cent je Kilowattstunde (kw/h) auf dann 5,3 Cent. Das macht rund 60 Euro im Jahr für einen Durchschnittshaushalt mit drei Personen (und einem Verbrauch von 3 500 kw/h) aus. Dazu kommt die Haf-tungsumlage für Windanlagen im Meer von 0,25 Cent pro kw/h. Zum Dritten wird mit steigenden Netzentgelten gerechnet, rund 15 Euro pro Haushalt im kommenden Jahr. Inklusive Mehrwertsteuer dürfte die Mehrbelastung 2013 rund 100 Euro betragen. Alle drei Umlagen resultieren ausschließlich aus politischen Entscheidungen.

Volkswirtschaftlich wird diese Umverteilung zu sinkender Nachfrage an anderer

Stelle führen. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden, die staatlich verursachte Stromkostensteigerung beeinträchtigt die Nachfrage nach anderen Gütern. Zusätzlich problematisch ist die soziale Komponente: Stromkosten haben einen überproportionalen Anteil an den Gesamtausgaben von Einpersonenhaushalten, Beziehern von Niedrigeinkommen und Hartz-IV-Empfängern. Sie sind daher vergleichsweise stärker als andere von der Kostensteigerung betroffen.

EEG-Umlage

Entwicklung in Cent je kw/h



Quelle: Bundesnetzagentur

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture-alliance/Mary Evans Picture Library

Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard